



COUNCIL
OF EUROPE

CONSEIL
DE L'EUROPE

EUROPARAT

STÄNDIGE KONFERENZ DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS

Strasbourg, den 22. Februar 1990

CPL/AM (25) 1

AUSSCHUSS FÜR REGIONALFRAGEN UND RAUMORDNUNG

Grenzüberschreitendes Forum

17. März, Palais de l'Europe, Strasbourg,
Veranstaltet vom „Verein Initiative Eurodistrikt“
unter Mitwirkung der KGRE

Perspektiven für einen Europäischen Distrikt

Informationsdokument
erstellt vom Verein

PERSPEKTIVEN FÜR EINEN EUROPÄISCHEN DISTRIKT

Immer größere Kreise erörtern den Nutzen der Gründung einer besonderen Form der Zusammenarbeit, die darauf ausgerichtet ist, die europäische Bedeutung des geographischen Gebietes um Straßburg - Kehl zu verdeutlichen. Wenn die Eingebung gerechtfertigt zu sein scheint, was auch dadurch unterstrichen wird, daß der Begriff des "Europäischen Distriktes" sofort ein breites Echo gefunden hat, so behält die Idee selbst die unscharfen Umrise eines Mythos. Welchen Inhalt kann man ihm also geben?

In erster Linie denkt man an eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit Straßburg - Kehl oder CUS-Ortenau (Koordinierung der Stadtplanung, gemeinsame Verwaltung von Dienstleistungen, gemeinsame Verwirklichung von Maßnahmen). Eine solche Zusammenarbeit, die sich auf verschiedene bestehende Beispiele berufen kann, ist hilfreich und sogar notwendig. Aber sie hat nichts Europäisches an sich, ebensowenig etwas Außergewöhnliches.

Um den Begriff "europäisch" zu rechtfertigen, muß der Vorgang sowohl von seiner Zielsetzung als auch von seinem Umfang und von seiner Qualität eine wirklich europäische Dimension aufweisen. Es geht darum, aus der Region Straßburg-Kehl/Ortenau, die optimal im Zentrum eines europäischen Raumes liegt, der sich nach der Süderweiterung nunmehr gegen Osten öffnet, einen symbolischen Raum für das "Projekt Europa" zu machen. Die Verwirklichung eines solchen Projekts erfordert großen Ehrgeiz und anspruchsvolle Zielsetzungen, auch wenn es nötig ist, auf bescheidenere und konkretere Lösungen einzugehen. Um die Möglichkeiten der Umsetzung dieser Perspektiven besser zu verstehen, muß man deren Grundlagen, Antriebskräfte, Begleitbedingungen, den juristischen und institutionellen Rahmen sowie die zu entwickelnde Strategie unterscheiden.

...

1. Die Grundlagen eines europäischen Distrikts

Die Region Straßburg/Ortenau kann auf eine Geschichte mit Zeiten eines starken Humanismus bis zur Zerreißprobe der letzten Konflikte zurückblicken, aus der sich das europäische Bewußtsein herausgebildet hat. Sie ist ein Raum der Vermittlung. Aber ein europäischer Distrikt kann sich nicht selbst ausrufen. Er bedarf einer Anerkennung von außen. Außerdem ist nicht unmittelbar einzusehen, warum eine solche Anerkennung diesem Raum von europäischen oder staatlichen Instanzen eingeräumt würde, wenn diese darin kein besonderes Interesse finden können.

Es wurde überlegt, den europäischen Institutionen ein besonderes Hoheitsgebiet einzuräumen. Abgesehen davon, ob dies von den betroffenen Regierungen überhaupt zugestanden würde, stößt diese Vorstellung in Wirklichkeit auch bei diesen Institutionen auf wenig Gegenliebe.

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sind die einzigen Staaten, die ihr Interesse in einer solchen Angelegenheit finden könnten. Der Distrikt müßte deshalb zunächst deutsch-französischer Natur sein. Frankreich müßte insoweit dazu bereit sein, seine Metropole im Osten des Staatsgebiets zu fördern. Sein Engagement für dieses Projekt könnte ganz natürlich auch der Konzentrierung in Paris entgegenwirken.

Aber was kann das Interesse der Bundesrepublik Deutschland sein? Die Region der Ortenau genießt keinerlei Priorität in nationalen Förderprojekten und die Deutschen möchten nicht dazu dienen, Straßburg allein aufzuwerten. Damit sie sich mit Nachdruck für ein solches Projekt engagieren, muß das Angebot ausreichend attraktiv sein, was eine Partnerschaft auf gleichberechtigter Ebene erfordert (und nicht, daß die Region um Kehl als einfache Ausdehnungsfläche von Straßburg betrachtet wird). Der Bundesrepublik und Frankreich einen gleichberechtigten Stellenwert in dem Projekt einzuräumen, bedeutet in Wahrheit, ihnen die Mitbestimmung für den Distrikt vorzuschlagen, also auch über einen wesentlichen Teil von Straßburg.

Das mag gewisse Leute abschrecken, aber das ist eine wesentliche Bedingung: Die Bundesrepublik wird den europäischen Ruf von Straßburg dann stärken, wenn sie überzeugt ist, daß Straßburg auch eine deutsche Angelegenheit ist.

Diese Partnerschaft könnte sich durch die gemeinsame Verwaltung gewisser Institutionen darstellen, die in diesem Raum sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des Rheins liegen könnten (zweistaatlicher Flughafen, zweistaatlicher Verbindungsbahnhof ICE/TGV, zweistaatliche Universitätsbibliothek, zweistaatliche Schulen, grenzüberschreitende gemeinsame Stadtviertel, gemeinsame Hafeneinrichtungen, die Einrichtung von zweistaatlichen Aktivitäten im Bezirk (deutsch-französisches Jugendwerk) und durch die Vereinbarung von gemeinsamen Entscheidungszuständigkeiten für gewissen Bereiche (z. B. Stadtplanung, Umweltschutz) ebenso wie durch die Einrichtung gemeinsamer Dienste (Stadtentwicklungsagentur ...) für die Verwaltung des Bezirks.

Eine solche Zusammenarbeit erfordert auch eine "bilaterale Geisteshaltung". Das Gesichtsfeld darf nicht mehr auf 180° beschränkt sein, wie es noch oft der Fall ist, sondern muß 360° umfassen. Für alle wichtigen Projekte (große Struktur- und Investitionsvorhaben, Wahl von Technologien oder Personen, Entscheidungen von Interessenkonflikten) muß die Inspiration nicht nur vom Westen oder vom Osten kommen, je nach Seite des Rheins, sondern wirklich europäischer Art sein und zu diesem Zwecke in ausgeglichener Weise auf die französischen und deutschen Quellen zurückgreifen.

Wenn die Region Straßburg/Ortenau auf diese Art und Weise ein Anziehungspunkt der deutsch-französischen Zusammenarbeit würde, hätte sie auch bessere Chancen die europäischen Institutionen zu bewahren, die in ihrem Raum ansässig sind, und im Hinblick auf die entscheidene Rolle Frankreichs und der Bundesrepublik beim europäischen Aufbau, auch neue Institutionen zu bekommen.

Um diesen europäischen Charakter des Distrikts zu verstärken, könnten die europäischen Institutionen (Europarat, europäisches Parlament) an dieser deutsch-französischen Mitbestimmung des Distrikts beteiligt werden. Mit anderen Worten, um die Anwesenheit dieser Institutionen in dieser Zone zu festigen, müßte ihnen eine Informationsanspruch bezüglich der grundsätzlichen Entscheidungen eingeräumt werden, die die Zukunft des Distrikts betreffen. Man kann davon ausgehen, daß ein solches Angebot attraktiver für die europäischen Autoritäten sein wird als ein eigenes aber rein theoretisches Hoheitsgebiet (sie hätte z. B. ein Mitspracherecht bei gewissen Grundsatzentscheidungen der Stadtentwicklungsplanung, bei der Verwirklichung gewisser Investitionsvorhaben, im Hinblick auf den Schutz der Umwelt des Bezirks).

2. Die Antriebskräfte

Um die Idee von Straßburg/Kehl als europäischen Distrikt zu konkretisieren, muß sie sich auf einige bedeutende strukturelle Pilotprojekte mit großer symbolischer Ausstrahlungskraft stützen können. Beispielsweise könnten folgende Projekte angestrebt werden:

- Gründung eines grenzüberschreitenden europäischen Viertels im Bereich der Häfen von Straßburg und Kehl, die umstrukturiert würden, um qualitativ hochwertige Dienstleistungsunternehmen ebenso wie Bildungs- und Kulturaktivitäten aufzunehmen;
- Errichtung, in enger Verbindung mit dem Europarat und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, neuer Institutionen, um die Ost-West Zusammenarbeit in Europa zu organisieren, insbesondere auf den Gebieten des kulturellen Austauschs, der Umwelt und der Menschenrechte;
- Verknüpfung der Hochgeschwindigkeitszüge ICE/TGV mit einem zweistaatlichen Bahnhof (der augenblicklich für den TGV vorgesehene Bahnhof könnte auf die rechte Seite des Rheins in den Norden von Kehl verlegt werden und würde auch der mittelbadische Bahnhof für den ICE werden);
- Errichtung einer europäischen Universität mit direkter Zugangsmöglichkeit nach dem Abitur und mit einem Lehrkörper aus den Mitgliedsländern (eine solche Initiative könnte sich auf der Grundlage der kürzlichen Föderationsabkommen zwischen den Universitäten des Oberrheins aufbauen);
- Verwirklichung des Plans eines "europäischen Fernsehens", das neben dem Sitz des deutsch-französischen Kanals und einer Verbindung mit den bestehenden Anstalten von FR 3 in Straßburg und Südwestfunk in Baden-Baden, Produktionsstätten für HDTV-Sendungen umfaßt, eines europäischen Zentrums für Journalismus und einer europäischen "Werkstatt für Medienforschung" (unter Einbeziehung des "Projekts Gutenberg", dessen Entwurf schon vorliegt).

Solche Projekte könnten gegebenenfalls miteinander und mit anderen verbunden werden, die bescheidener Natur sind: einem europäischen Zentrum für die Ausbildung der Beamten (auf der Grundlage des bereits von der Fachhochschule Kehl ausgearbeiteten Projekts), einer europäischen Bibliothek, mehrsprachiger Schulen, die europäische Umweltagentur, eines europäischen Zentrums der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, einem grenzüberschreitenden Kabelnetz, einem Institut, das sich mit der Umsetzung der europäischen Sozialcharta beschäftigt.

3. Die Rahmenbedingungen

Das hochgesteckte Ziel eines europäischen Distrikts kann nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Hierzu muß man die Elemente zu verstärken suchen, für die bereits ein Potential besteht und nicht mit anderen europäischen Interessen kollidieren, als auch in solchen Bereichen, in denen die Möglichkeiten des Bezirks nicht ausreichend wären. In dieser Hinsicht sind die beiden Bereiche, in denen der Bezirk wettbewerbsfähig bleiben kann, die Lebensqualität und die Kultur: Mit dem Argument, eine lebenswerte Metropole zu sein und wegen seiner kulturellen Vielfalt kann der Distrikt Aktivitäten an sich ziehen. Dies ist ein weites Feld, in dem Fragen von ausschlaggebender Bedeutung beantwortet werden müssen: Die Umweltverschmutzung und die Mehrsprachigkeit. Zu diesen Fragen gehört auch das Problem der Verkehrsverbindungen:

- Die Region Straßburg/Ortenau kann mit anderen dynamischen "europäischen" Metropolen konkurrieren, indem sie auf die Lebensqualität setzt: eine angenehme Umgebung, ein bewahrtes Stadtbild, eine wiedergewonnene Fassade am Rhein, die sich für Prestigeobjekte eignet. Aber der EURODISTRICT kann diese Karte nur dann ausspielen, wenn er die Verschmutzungsprobleme der Vergangenheit und der Zukunft löst. Es handelt sich um ein grundsätzliches, grenzüberschreitendes Problem, das in direkter Beziehung mit der Idee des Distrikts steht: Die Ablehnung des Projekts einer Müllverbrennungsanlage in Kehl kann selbstverständlich nicht unabhängig von den zu ergreifenden Maßnahmen beurteilt werden, die hinsichtlich der umweltverschmutzenden Einrichtungen auf der linken Seite des Rheins erforderlich sind (Stracel, Prodair, Tredi usw.). Für Straßburg kann es allerdings zweischneidig sein, sich auf einen harten Konflikt mit Stuttgart über die Angelegenheit der Müllverbrennungsanlage einzulassen, wenn man gleichzeitig ein verstärkte Zusammenarbeit anbietet. Fest steht: Müllverbrennungsanlage und Distrikt schließen sich gegenseitig aus.

...

Wenn man will, daß der Distrikt den Sieg davonträgt, muß die französische Seite der deutschen Seite einen überzeugenden Plan für den gesamten Bezirk vorschlagen, der einerseits Prestigeobjekte umfassen müßte, die mit der Müllverbrennungsanlage unvereinbar sind, und andererseits einen Globalplan für die Verringerung und die Verhinderung der Umweltverschmutzungen enthält, unabhängig davon, ob sie vom Westen oder vom Osten des Rheins kommen.

- Wenn die deutsch-französische Zusammenarbeit die Grundlage für den Distrikt bilden soll, dann muß sich dies überzeugend in kultureller, einschließlich sprachlicher Hinsicht zeigen. Eine besondere Bemühung muß sich darauf richten, die Präsenz beider Sprachen im gesamten Distrikt zu gewährleisten. Trotz gegenseitiger Beteuerungen nimmt in Straßburg die Ein-sprachigkeit zu. Dies verringert in beträchtlicher Weise die Glaubwürdigkeit des europäischen Rufs von Straßburg. Hier müßten sich besonders die Schulen bemühen (frühzeitige intensive Vermittlung der anderen Sprache, Gründung von gemeinsamen Schuleinrichtungen für deutsche und französische Kinder), zweisprachige Plakate und Hinweistafeln, Zweisprachigkeit bei kulturellen Veranstaltungen (Ausstellungen). Auch wenn die historischen und sprachlichen Voraussetzungen unterschiedlich sind, müßte auch im Raum Kehl das frühzeitige Erlernen des Französischen verstärkt und symbolhaft französische Begriffe im öffentlichen Raum verwendet werden. Auf der Grundlage dieser Bemühungen könnten ergänzende Anstrengungen bezüglich der englischen Sprache gemacht werden (Einrichtung einer englischen Schule, insbesondere mit Zielrichtung auf die im Distrikt beiderseits des Rheins beschäftigten ausländischen leitenden Angestellten). Das Interesse für Mehrsprachigkeit könnte durch eine Vielfalt von unterschiedlichen Schulzügen und durch die Entwicklung von Studieneinrichtungen auf Universitätsebene für die Mehrsprachigkeit zusätzlich unterstrichen werden.

- Bezüglich der Verkehrsverbindungen bleiben trotz einiger kürzlich eingetretener Fortschritte die regionalen Verbindungen in der Zone Straßburg/Ortenau und die Einbindung dieser Zone in die großen Verkehrsachsen unbefriedigend. Besonders verfügt Straßburg über keine ausreichenden Verbindungen mit der Nord-Südachse Frankfurt - Basel. Dies gilt für die Eisenbahn trotz des "Metro-Rhin" und in gewisser Weise auch für die Straßenverbindung. Direkte Flugverbindungen mit der Bundesrepublik bestehen praktisch nicht. Ein Distrikt läßt sich nicht errichten ohne enge Verbindungen zwischen der linken und rechten Seite sowohl auf der lokalen, der regionalen und überregionales Ebene. Die wichtigsten Punkte scheinen zu sein:

* ein wirksames, gemeinsames Transportmittel in der Ost-West-achse für den Bezirk (eine Nahverkehrslinie Entzheim - Europäisches Parlament - neues Hafenviertel - Kehler Zentrum, die zum Teil das vorhandene Eisenbahnnetz benutzt?). Das Problem besteht nicht nur darin, eine solche Verbindung anzustreben, sondern ihr auch eine gewisse Priorität im Verhältnis zu anderen Linien einzuräumen: Der grenzüberschreitende Distrikt bedeutet zwangsweise ein bewußtes Überdenken der gegenwärtigen, in Nord-Südrichtung ausgerichteten Stadtentwicklung Straßburgs zugunsten einer Ost-West-Achse. Eine Nahverkehrslinie wäre das Instrument für diese Neuorientierung;

* eine tatsächliche Anbindung Straßburgs an den ICE (dabei geht man davon aus, daß die Strecke für den TGV bereits festgelegt ist; dagegen bleibt die Anbindung des ICE an Straßburg/Kehl ungenau und umstritten);

* ein Flugzeugzubringerverkehr nach Frankfurt, wenigstens solange die Schnellbahnverbindungen noch nicht betriebsbereit sind; eine qualitätsmäßig hervorgehobene Verbindung zwischen Straßburg und Frankfurt wäre die Antwort auf die meisten gegenwärtigen "europäischen" Kritikpunkte, die die Anbindung von Straßburg betreffen (selbst wenn dies Air-France nicht gefällt!); eine solche Entwicklung würde erleichtert, durch eine deutsch-französische Verwaltung des Flughafens.

4. Institutioneller Rahmen

Die Verwirklichung des Distrikts darf sich nicht in Erwägungen der juristischen Machbarkeit stellen, sondern in Kategorien politischer Zielsetzungen.

Was die einfachen Maßnahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden angeht, können angemessene juristische Strukturen auf lokaler Ebene gefunden werden (Verträge, Verbände, gemeinsame Gesellschaften). Das kann sofort auf der Grundlage des Rahmenabkommens des Europarats über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit beginnen. Wenn man für eine wagemutigere Methode optiert, ist es klar, daß man ein internationales Abkommen in mehr oder weniger feierlicher Formulierung nicht vermeiden kann. Diese internationalen Übereinkommen würden sich als Rahmenvertrag darstellen mit dem Ziel, weitere spezifische Verträge abzudecken.

Auf französischer Seite hätte die Annahme eines Ausführungsgesetzes zu einem derartigen Abkommen den Vorteil, daß es in besonderer Weise den symbolischen Gesichtspunkt unterstreichen und gleichzeitig erlauben würde, die bereits bestehenden besonderen Gesetze über die nicht bebaubaren Zonen (Gesetz von 1922) und über den autonomen Hafen (Gesetz von 1924) zu bereinigen, schließlich auch um eine sichere und klare Grundlage für eventuelle Kompetenzübertragungen zu bieten. Auf deutscher Seite würde es der Föderalismus Baden-Württemberg erlauben, die juristischen Folgerungen aus diesen Übereinkommen zu ziehen.

Aber welchen Inhalt müßte ein solcher juristischer Rahmen haben? Es wäre zweifellos unzureichend und einengend, nur eine einzige Struktur für die verschiedenartigsten Projekte innerhalb eines "Eurodistrikts" vorzusehen. Vielmehr müßten unterschiedliche Modelle der Zusammenarbeit gefunden werden, die auf ganz bestimmte Projekte zugeschnitten sind. Das internationale Abkommen und die von jedem Staat angepaßten Spezialgesetze würden die gemeinsame juristische Grundlage bilden bzw. je nach Lage des Falles die verschiedenen notwendigen besonderen Modelle. Sie könnten insbesondere zweistaatliche öffentliche Einrichtungen sein (im Stil des Flughafens Basel - Mühlhausen). Andere Formen mit mehr örtlichem Charakter könnten direkt von den Selbstverwaltungskörperschaften geschaffen werden.

Diese Vielfalt institutioneller Instrumente würde auch der Verschiedenheit des Umfangs der Projekte entsprechen: Einige von ihnen würden europäischen oder binationalen Charakter haben, andere regionalen, andere lokalen. Die Dimension des Distrikts wäre also je nach den Projekten variabel.

Der EURODISTRICT wird, je nach Gebieten, ein Projekt Straßburg - Kehl, CUS-Ortenau, CUS-Karlsruhe, Elsaß-Baden, Frankreich-Bundesrepublik oder sogar noch mehr sein.

Die Koordination zwischen den verschiedenen besonderen Modellen würde von einem Lenkungsorgan für die Gesamtheit des Projekts "EURODISTRICT" gewährleistet. Man könnte an eine Exekutivkommission denken, die sich aus Vertretern der beiden Regierungen, der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften und den europäischen Institutionen zusammensetzt. Dieser Kommission würden insbesondere gewisse Ausführungskompetenzen übertragen werden und die Aufgabe, eine einheitliche Strategie festzulegen. Parallel zu diesem Lenkungsorgan könnte eine beratende Versammlung des Distrikts gebildet werden.

Seine Mitglieder würden direkt von der Gesamtheit der Bewohner eines geographisch zu definierenden Gebiets gewählt (z. B. CUS und Ortenau) mit gemeinsamer Wahl auf beiden Seiten des Rheins. Diese Versammlung würde im wesentlichen die Aufgabe haben, die öffentliche Debatte sicherzustellen und die demokratische Kontrolle der verschiedenen Einrichtungen zu übernehmen, die den EURODISTRICT bilden.

5. Strategie

Es gibt verschiedene Gründe, die die Verwirklichung des europäischen Distrikts bremsten oder blockieren. Man weiß, daß das Interesse von Paris für die europäische Bedeutung von Straßburg begrenzt ist und daß eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland das Mißtrauen einiger zentraler Behörden auslöst. Selbst in Straßburg beschränkt sich die Grunddiskussion im wesentlichen auf das französische Hoheitsgebiet. Auf der anderen Seite des Rheins sind die Schwierigkeiten ebenso offensichtlich: Kehl ist auf seine Eigenständigkeit bedacht, es will nicht auf die Rolle einer Vorstadtgemeinde von Straßburg reduziert werden und geht daher die Projekte der Zusammenarbeit nur mit Vorbehalten an. Auch die Befürworter dieser Zusammenarbeit haben manchmal den Eindruck, daß die französische Seite den Ortenaukreis nur als Aufwertung für Straßburg sieht. Im übrigen sind die Beziehungen innerhalb des Ortenaukreises komplex und es bestehen auch einige Vorbehalte zwischen Kehl und Offenburg sowie Offenburg und Lahr, was eine gemeinsame Aktion noch erschwert. In globaler Hinsicht genießt dieses Gebiet keine Priorität in den Entwicklungsplänen des Landes Baden-Württemberg.

Die Annahme eines Projekts EURODISTRICT wird deshalb nicht leicht sein. Man könnte denken, es wäre besser, zunächst mit einigen lokalen und bescheidenen Erfahrungen zu beginnen, um sie dann auszuweiten. Dieser Ansatz ist jedoch zu schwerfällig in bezug auf die bevorstehenden Notwendigkeiten und würde auch nicht die nötige Dynamik auslösen, um die Schwierigkeiten und die voraussehbaren Widerstände zu überwinden. Es bietet sich eine Dreistufenstrategie an:

- So früh wie möglich sollte eine Aktion auf höchster Ebene ausgelöst werden, damit der Grundgedanke eines europäischen Distrikts anerkannt wird. So können unter den besten Bedingungen die konkreten Schwierigkeiten angegangen werden. Das Vorgehen müßte deshalb darin bestehen, nach einer örtlichen Abstimmung das Projekt im Elysée-Palast, in Bonn

und in Stuttgart vorzulegen. Man könnte als Start ein Treffen zwischen Mitterrand und Kohl in Straßburg anstreben über das Thema der deutsch-französischen Zusammenarbeit, in dessen Verlauf der Grundsatz der symbolischen Rolle des EURODISTRICT Straßburg/ Ortenau und verschiedener gemeinsamer Projekte beschlossen würden, die dort einzurichten wären.

- Parallel dazu könnte auf lokaler Ebene eine Ideendiskussion eingeleitet werden, in informellen Diskussionsgruppen, in denen sich verantwortliche Verwaltungsfachleute, Gewählte und Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen von beiden Seiten des Rheins zusammenfänden. Diese Gruppen, die auf Initiative eines grenzüberschreitenden Vereins mit Unterstützung der Gemeinden sehr schnell eingerichtet werden könnten, müßten die Bereiche festlegen, in denen gemeinsame Aktionen erstrebenswert wären. Diese Gruppen würden themenbezogen organisiert (z. B. öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Krankenhäuser, Hotelstrukturen, Telekommunikationsdienste, gemeinsame Transportsysteme, Grenzgänger, Post, Bankaktivitäten, Theater, Ausbildung, Fortbildung, Umwelt) und würden versuchen, konkrete Vorschläge aufzuarbeiten, die anschließend von den entscheidungsfähigen Organisationen jedes Landes weiterentwickelt werden.
- Hierauf aufbauend kann eine ständige institutionalisierte Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Kommunen entstehen, eine Arbeitsgemeinschaft Straßburg - Region Kehl, mit einer allgemeinen Kompetenz, um unterschiedliche Strukturen und die Verwirklichung einzelner Projekte voranzubringen.

Maßnahmen auf Regierungsebene und die Bewußtseinsbildung an der Basis könnten sich auf diese Art und Weise verbinden, um eine Dynamik zu erzeugen, die sich durch die Ingangsetzung verschiedener Projekte der Zusammenarbeit konkretisieren würde und im gegebenen Zeitpunkt in eine Exekutiv-Instanz des EURODISTRICTS mündet.